

Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

Gremium: Haupt- und Finanzausschuss
vom: Mittwoch, 9. Februar 2011

9. Sitzungsperiode / 3. Sitzung

Ort: Großer Sitzungssaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22.20 Uhr

Anwesenheit:

I. Vorsitz: 1. Herr Bürgermeister Christian Vedder

II. Mitglieder:

2. Frau Annette Bonse-Geuking
3. Herr Hermann-Josef Frieling
4. Herr Ingo Plewa
5. Herr Heinz Kemper
6. Frau Christel Sicking
7. Herr Günter Bergup
8. Herr Ludger Gröting
9. Herr Manfred Schmeing
10. Herr Jörg Schlechter
11. Herr Josef Schleif
12. Frau Rita Penno

Vertreter/in für:

Herrn Rolf Stödtke

III. Entschuldigt:

1. Herr Rolf Stödtke

IV. Ferner:

1. AL 01/32 - Herbert Schlottbom
2. AL 20 - Martin Wilmers

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist er darauf, dass der Antrag der **UWG-Fraktion** vom 25.01.2011 fristgerecht eingegangen ist, dieser jedoch versehentlich nicht zur Beratung über den Haushalt 2011 mit versandt wurde. Alle Ausschussmitglieder erhalten eine Fotokopie des Antrages als Tisch-Sitzungsvorlage.

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese ebenfalls festgestellt wird.

I. Öffentlicher Teil:

TOP 1.: Anerkennung der Niederschrift der letzten Sitzung

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 15.09.2010 werden nicht erhoben. Sie ist damit anerkannt.

Beschluss: Kenntnisnahme

TOP 2.: Antrag der Evgl. Kirchengemeinde Oeding auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses für die lfd. Unterhaltung und Pflege des Friedhofes in Oeding

Sitzungsvorlage-Nr.: 19/2011

Beschluss: Einstimmig

In Änderung des Ratsbeschlusses vom 24.02.1987 erhält die Evgl. Kirchengemeinde für die lfd. Pflege und Unterhaltung ihres Friedhofes in Oeding ab 2011 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 1.000,00 €.

Der Haushaltsansatz bei der Buchungsstelle 55.04.01.531500 wird ab 2011 von 7.200,00 € auf 7.600,00 € erhöht.

TOP 3.: Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2011

Sitzungsvorlage-Nr.: 2/2011

Der **BM** gibt einen aktuellen Sachstand zum Widerstand gegen den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011.

Danach besteht auf Bürgermeister-Ebene im gesamten Münsterland Einigkeit darüber, dass der vorliegende Entwurf des GFG 2011 nicht zu akzeptieren ist. Die Kommunen im Kreis Borken Coesfeld erwägen sogar, notfalls Klage gegen das Gesetz zu erheben. Signale aus der Landesregierung zeigen, dass diese zurzeit nicht bereit ist, freiwillig wesentliche Änderungen an dem Gesetzentwurf vorzunehmen. Sollten keine strukturellen Veränderungen an dem Gesetzentwurf erfolgen, werden die Kommunen gezwungen zu klagen und/oder die Steuern zu erhöhen und noch weiter zu sparen.

Betroffen sind insgesamt 260 Kommunen im Land NRW, die aufgrund des GFG-Entwurfes geringere Schlüsselzuweisungen erhalten werden.

Beschluss: -/-

3.1.: Veränderungen im Haushaltsentwurf 2011

Sitzungsvorlage-Nr.: 24/2011

Auf Vorschlag der **Verwaltung** besteht Einvernehmen, dass die bei den jeweiligen Buchungsstellen sich gegenüber dem Haushaltsplanentwurf ergebenden Veränderungen innerhalb der einzelnen Produkte mit beraten werden.

Mit beraten wird dabei auch der als Tischvorlage vorliegende Antrag der **UWG-Fraktion** vom 25.01.2011.

Beschluss: Kenntnisnahme

3.2.: Haushaltsplan - Beratung der Ergebnis- und Finanzpläne innerhalb der Produktbereiche

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

I. Allgemeines zum Haushaltsplan

In Anbetracht der sich abzeichnenden finanziellen Verschlechterungen aufgrund des vorliegenden Entwurfes des GFG 2011 ist es nach Auffassung der **CDU-Fraktion** notwendig, innerhalb der Haushaltsplanberatung auch die kleinsten Haushaltsstellen zu hinterfragen und ggfls. zu verändern. Als gemeinsame Richtschnur sollte gelten, dass die Haushaltssätze 2010 festgeschrieben werden. Nur hierdurch erscheint es ihr möglich, dass die Gemeinde finanziell handlungsfähig bleibt.

Ferner beantragt die Fraktion, die Deckungskreise weiter aufzugliedern, um für mehr Transparenz zu sorgen. Zugesagt wird, diese Auflistung per E-Mail zur Verfügung zu stellen.

II. Beratung des Produktplanes

Der Haushaltsplanentwurf wird durch Aufrufen der einzelnen Produktbereiche beraten. Hierzu ergeben sich folgende Wortmeldungen bzw. werden dem Gemeinderat folgende Beschlussempfehlungen gegeben:

| Buchungsstelle | Bezeichnung | HH-Ansatz alt | HH-Ansatz neu |
|----------------|-------------|---------------|---------------|
|----------------|-------------|---------------|---------------|

PB 11.01.01 – Politische Gremien und Verwaltungsführung, Recht, Repräsentation

| | | | |
|-----------------|--------------------------------------|--------|--------|
| 11.01.01.542950 | Aufwandsentschädigungen, Lohnausfall | 78.500 | 78.500 |
|-----------------|--------------------------------------|--------|--------|

Die **UWG-Fraktion** beantragt, die Aufwandsentschädigungen linear um 10 % zu kürzen.

Die **CDU-Fraktion** verweist auf Vorgaben der Kreis-, Landes- und Bundesparteien zur Abführung des Parteiteils im Rahmen der Parteienfinanzierung. Gleiches gilt für die Zahlungen an die Fraktionen.

Nach Ansicht der **SPD-Fraktion** darf die ehrenamtliche kommunalpolitische Arbeit nicht entwertet werden. Auch kann eine kleine Fraktion nicht unbeschränkt auf Zuschüsse verzichten. Von daher sollte die Gemeinde im gesetzlichen Rahmen bleiben.

Dem Vorschlag der **Verwaltung** wird zugestimmt, bis zur nächsten Ratssitzung rechtlich zu prüfen, ob und inwieweit die Höhen der Aufwandsentschädigungen und der Zahlungen an die Fraktionen im Belieben eines Gemeinderatsbeschlusses stehen, oder rechtlichen Bindungen unterliegen.

| | | | |
|-----------------|-------------------------------|-------|-------|
| 11.01.01.549200 | Zuwendungen an die Fraktionen | 4.600 | 4.600 |
|-----------------|-------------------------------|-------|-------|

Es wird auf die Beratung zur Buchungsstelle 11.01.01.542950 verwiesen.

PB 11.02.01 – Dienstleistungen für die Gesamtverwaltung

| | | | |
|-----------------|---|---------|---------|
| 11.02.01.448350 | Erstattung der Personal- und Verwaltungskosten SGB II durch den Kreis | 110.000 | 145.200 |
|-----------------|---|---------|---------|

Die Änderung erfolgt aufgrund einer Mitteilung des Kreises und stellt eine positive Verbesserung dar.

| | | | |
|-----------------|---|--------|--------|
| 11.02.01.541210 | Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung | 18.500 | 16.000 |
|-----------------|---|--------|--------|

Die **CDU-Fraktion** beantragt, den Haushaltsansatz auf das Rechnungsergebnis 2009 zuzüglich der Kosten für den A 2-Lehrgang und damit auf insgesamt 16.000,00 € zu reduzieren.

Für die **Grüne Fraktion** ist die beantragte Streichung der falsche Ansatz, da gut ausgebildete Mitarbeiter Kosten sparen.

Beschluss: **9 Ja-Stimmen**
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Der Haushaltsansatz wird von 18.500,00 € auf 16.000,00 € reduziert.

| | | | |
|-----------------|----------------|--------|--------|
| 11.02.01.542702 | Prüfungskosten | 27.500 | 17.500 |
|-----------------|----------------|--------|--------|

Die **CDU-Fraktion** beantragt, 10.000,00 € für die jährliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW zu streichen, da eine Prüfung bislang noch nicht angekündigt ist. Sollte in 2011 dieser Betrag benötigt werden, ist er nachträglich bereitzustellen.

Die **UWG-Fraktion** schließt sich diesem politischen Signal an.

Der **Kämmerer** verweist auf die Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung hin, wonach für absehbare Ausgaben Rückstellungen zu bilden sind.

Beschluss: **10 Ja-Stimmen**
2 Enthaltungen

Der Haushaltsansatz wird von 27.500,00 € auf 17.500,00 € reduziert.

| | | | |
|-----------------|--------------|--------|--------|
| 11.02.01.543100 | Büromaterial | 10.000 | 8.950 |
| 11.02.01.543200 | Portokosten | 18.800 | 16.850 |

Die **CDU-Fraktion** beantragt, bei beiden Haushaltsstellen einen Betrag von insgesamt 3.000,00 € einzusparen, da inzwischen durch den elektronischen Versand der Sitzungsunterlagen sich erhebliche Kosteneinsparungen ergeben haben müssten.

Dier **Verwaltung** weist auf die möglicherweise entstehenden Mehrkosten bei der Erstellung und Versendung der Grundbesitzabgabenbescheide aufgrund der Änderung der Steuerhebesätze sowie auf die entstandenen Mehrkosten durch den Druck des Haushaltsplanentwurfes hin.

Beschluss: **11 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Die Haushaltsansätze bei beiden Buchungsstellen werden um insgesamt 3.000,00 € reduziert.

| | | | |
|-----------------|---------------|--------|--------|
| 11.02.01.543300 | Telefonkosten | 25.000 | 22.000 |
|-----------------|---------------|--------|--------|

Die **UWG-Fraktion** beantragt, die Haushaltsansätze bei den Buchungsstellen 11.02.01.543300 sowie bei 11.06.01.543300, 12.02.01.543300, 21.01.01.543300, 21.01.02.543300, 21.01.03.543300 und 53.01.01.543300 auf das gerundete Rechnungsergebnis 2010 (Ist-Ergebnis) zu reduzieren.

Die **Verwaltung** verweist darauf, dass es sich nicht um willkürliche Haushaltsansätze handelt, sondern bei diesen der Sachkostenaufschlag gem. den ministeriellen Orientierungsdaten erfolgte.

Beschluss: **Einstimmig**

Der Haushaltsansatz wird bei den vorgenannten Buchungsstellen jeweils auf das gerundete Rechnungsergebnis 2010 reduziert.

PB 11.05.01 – Organisationsangelegenheiten und TuI

| | | | |
|-----------------|-----------------|--------|--------|
| 11.05.01.543940 | Software-Pflege | 45.000 | 45.000 |
|-----------------|-----------------|--------|--------|

→ 54.01.01/6224.785220

Die **UWG-Fraktion** beantragt zur Gegenfinanzierung der Einrichtung eines Anforderungskontaktes im Kreuzungsbereich Winterswyker Straße/Im Esch in Oeding die Kosten für die Software-Pflege von 45.000,00 € auf 43.000,00 € zu reduzieren.

Von Seiten der Verwaltung wird darauf verwiesen, dass eine Reduzierung nicht möglich ist, da die Gemeinde vertraglich bereits in einer Höhe von über 43.000,00 € verpflichtet ist.

| | | | |
|----------------------|---------------------------------------|--------|--------|
| 11.05.01/5003.782600 | Neuanschaffung von Hard- und Software | 35.000 | 35.000 |
|----------------------|---------------------------------------|--------|--------|

→ 54.01.01/6224.785220 → tlw. Sperrvermerk

Die **UWG-Fraktion** beantragt die Einstellung eines Haushaltsansatzes für die Installierung eines Anforderungskontaktes im Kreuzungsbereich Winterswyker Straße/Im Esch in Oeding in Höhe von ca. 15.000,00 €. Zur Gegenfinanzierung soll bei der Neuanschaffung von Hard- und Software ein entsprechender Betrag eingespart werden.

Die **CDU-Fraktion** schlägt vor, bei dieser Buchungsstelle keine Kürzungen vorzunehmen. Allerdings datiert die Vorlage des letzten IT-Konzeptes aus dem Jahre 2007. Sie schlägt vor, 10.000,00 € bei dieser Buchungsstelle bis zur Vorlage eines neuen IT-Konzeptes mit einem Sperrvermerk in Höhe von 10.000,00 € zu belegen, da sie der Meinung ist, dass durch neue Formen der Zusammenarbeit Kosteneinsparungen sich erzielen lassen.

Die **UWG-Fraktion** unterstützt diesen Vorschlag und erinnert an den Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2010 zur Fortschreibung des IT-Konzeptes, welches bislang noch nicht vorgelegt wurde.

Der **Bürgermeister** verweist darauf, dass eine gute EDV-Ausstattung nicht nur in der Verwaltung Geld spart, sondern auch dem Bürger nutzt. Die Zugriffe auf das virtuelle Rathaus zeigen, dass der Bürger das Angebot nutzt und so aber auch Arbeitsleistung in der Verwaltung einspart.

Beschluss:**11 Ja-Stimmen****1 Enthaltung**

Bei der Buchungsstelle wird ein Sperrvermerk in Höhe von 10.000,00 € bis zur Vorlage eines fortgeschriebenen IT-Konzeptes eingerichtet.

PB 11.06.01 - Bauhof

| | | | |
|-----------------|---------------|-------|-------|
| 11.06.01.543300 | Telefonkosten | 3.000 | 2.000 |
|-----------------|---------------|-------|-------|

Es wird auf die Beratung zur Buchungsstelle 11.02.01.543300 verwiesen.

| | | | |
|----------------------|--|--------|--------|
| 11.06.01/5002.782600 | Anschaffung von Ausstattungs- und Gebrauchsgegenständen über 410,00 € netto | 30.400 | 23.400 |
|----------------------|--|--------|--------|

→ tlw. Sperrvermerk

Die **UWG-Fraktion** regt die Neuanschaffung eines Pritschenwagens im Rahmen einer Alternativfinanzierung über Sponsoring an. Ferner ist zu hinterfragen, inwieweit ein integrierter Hebekran notwendig ist.

Für die **CDU-Fraktion** ist der vorgesehene Kran durch den Einsatz eines Frontladers ersetzbar. Sie beantragt daher, die Anschaffung eines Pritschenwagens mit Kran für insgesamt 29.000,00 € zu streichen und evtl. eine Alternativfinanzierung ohne einen Kran zu überlegen.

Der **Bürgermeister** schlägt vor, die notwendige Beschaffung eines Pritschenwagens ohne Kran über Sponsoring (Finanzierung mit Werbung) zu überlegen und einen diesbezüglichen Auftrag an die Verwaltung zu erteilen.

Beschluss: **11 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Haushaltsansatz wird um 7.000,00 € reduziert. Für die notwendige Anschaffung eines Pritschenwagens ohne Kran werden 22.000,00 € in den Haushaltsplan eingestellt, die allerdings mit einem Sperrvermerk versehen werden.

PB 12.01.01 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung

| | | | |
|-----------------|-------------------|-------|-------|
| 12.01.01.524300 | Bestattungskosten | 5.000 | 3.000 |
|-----------------|-------------------|-------|-------|

Die **CDU-Fraktion** beantragt die Reduzierung des Haushaltsansatzes auf 3.000,00 €.

Beschluss: **Einstimmig**

Der Haushaltsansatz wird auf 3.000,00 € reduziert.

| | | | |
|-----------------|--|--------|--------|
| 12.01.01.749995 | Schädlingsbekämpfung (Rattengift u.ä.) | 16.000 | 16.000 |
|-----------------|--|--------|--------|

Die **Grüne Fraktion** erkundigt sich nach den Gründen der Reduzierung des Haushaltsansatzes.

Der Haushaltsansatz wurde auf den tatsächlichen Wert aus 2010 angepasst, da die Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen augenscheinlich Wirkung zeigen.

PB 12.02.01 – Brandbekämpfung und Brandschau

| | | | |
|-----------------|---------------|-------|-------|
| 12.02.01.543300 | Telefonkosten | 3.500 | 2.900 |
|-----------------|---------------|-------|-------|

Es wird auf die Beratung zur Buchungsstelle 11.02.01.543300 verwiesen.

| | | | |
|----------------------|--|---------|---------|
| 12.02.01/6009.785105 | Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Oeding | 420.000 | 520.000 |
|----------------------|--|---------|---------|

Aufgrund der beschlossenen Auftragsvergaben ist eine Kostensteigerung von insgesamt ca. 7 % zu verzeichnen.

Beschluss: **9 Ja-Stimmen**
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Der Haushaltsansatz wird auf 520.000,00 € erhöht.

| | | | |
|-----------------|-----------------------|--------|--------|
| 12.02.01.573100 | AfA Gebäude Feuerwehr | 31.800 | 31.800 |
|-----------------|-----------------------|--------|--------|

Auf Nachfrage der **Grüne Fraktion** sind die AfA-Steigerungen ausschließlich in dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses Oeding begründet.

PB 21.01.01 – St. Vitus-Grundschule Südlohn

| | | | |
|-----------------|--------------------|--------|--------|
| 21.01.01.522100 | Strom, Gas, Wasser | 23.000 | 23.000 |
|-----------------|--------------------|--------|--------|

Die **CDU-Fraktion** vermisst Kosteneinsparungen aufgrund der energetischen Sanierung der Turnhalle an der Grundschule Südlohn.

Die nach erfolgter Sanierung erzielten Einsparungen im Energiebereich werden aufgrund der noch nicht sanierten Teile des Schulgebäudes wieder aufgezehrt.

| | | | |
|-----------------|--|--------|--------|
| 21.01.01.523105 | Bauliche Unterhaltung der Schulgebäude | 14.000 | 14.000 |
|-----------------|--|--------|--------|

→ tlw. Sperrvermerk

Nach Ansicht der **UWG-Fraktion** sind die Kosten für die Anlegung einer Weitsprunggrube auf dem Gelände der Grundschule Südlohn zu hoch.

Beschluss: Einstimmig

Bei der Buchungsstelle wird ein Sperrvermerk über 4.000,000 € bis zur Vorstellung der Planung und Beschlussfassung durch den Bau-pp.-Ausschuss eingerichtet.

| | | | |
|-----------------|---|-------|-------|
| 21.01.01.523610 | Anschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung unter 410,00 € netto | 5.000 | 5.000 |
|-----------------|---|-------|-------|

Die **CDU-Fraktion** beantragt, den Haushaltsansatz um 2.000,00 € auf 3.000,00 € zu reduzieren. Außerdem sollte die Politik darüber informiert werden, wenn ab einer bestimmten finanziellen Größe Reserven gebildet werden, deren Verwendungszweck dann benannt werden müssten.

Nach intensiver Aussprache und Gegenargumentation durch die anderen Fraktionen zieht die **CDU-Fraktion** ihren Antrag zurück.

Es besteht abschließend Konsens, dass die Haushaltsansätze in der Höhe beibehalten werden, aber mehr Transparenz hinsichtlich der Verwendung angesparter Finanzen notwendig ist. Außerdem sollten interkommunale Vergleiche hinsichtlich der Höhe der Haushaltsansätze angestellt werden. Wenn planbare Anschaffungen anstehen, sollten die Schulen Konzepte vorlegen, die dann den Gremien vorgestellt werden können. Diesbezüglich soll man mit den Schulen ins Gespräch kommen.

| | | | |
|-----------------|--|--------|--------|
| 21.01.01.531915 | Zuweisung an den Träger der OGS für Personalkosten | 60.000 | 50.000 |
| 21.01.01.531916 | Zuweisung an den Träger der OGS für Sachkosten | 5.000 | 3.000 |

Die **CDU-Fraktion** beantragt, den Haushaltsansatz bei den Personalkosten auf den Stand von 2010 in Höhe von 50.000,00 € zu belassen und bei den Sachkosten den Haushaltsansatz von 5.000,00 € auf 3.000,00 € zu reduzieren. Dieser Antrag wird damit begründet, dass in früheren Sitzungen bereits die Zahlen anderer Träger bekanntgegeben wurden und zu erwarten ist, dass die Fördervereine ab dem kommenden Schuljahr nicht mehr die Trägerschaft für die Offenen Ganztagschulen übernehmen werden.

Die **Grüne Fraktion** gibt zu bedenken, dass zunächst die Ergebnisse des Schulentwicklungskonzeptes abgewartet werden sollten, um dann ggfls. neu zu beraten.

Die **UWG-Fraktion** fordert innovative Lösungen, wobei das Ehrenamt weiterhin gestärkt werden sollte. Die bisherigen Träger haben ihre Trägerschaft gekündigt.

Der **Bürgermeister** erläutert, dass bislang noch kein offizielles Schreiben von Seiten der Fördervereine vorliegt. Es ist jedoch die Tendenz bekannt, dass die Fördervereine nicht mehr bereit sind, die Trägerschaft zu übernehmen, mit Ausnahme des Angebotes der verlässlichen Schule von 8-1, das sie weiterhin zu übernehmen bereit sind. NRW-weit liegt die Gemeinde Südlohn bei der finanziellen Förderung im vorderen Bereich. Sollten die bisherigen Träger die Trägerschaft nicht fortführen wollen, wird die Trägerschaft neu ausgeschrieben und an andere Anbieter vergeben.

Beschluss:

9 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Der Haushaltsansatz bei den Personalkosten bleibt auf dem Stand des Haushaltsjahres 2010 mit 50.000,00 € bestehen. Der Haushaltsansatz für die Sachkosten wird auf 3.000,00 € reduziert.

| | | | |
|-----------------|---------------|-------|-----|
| 21.01.01.543300 | Telefonkosten | 1.600 | 800 |
|-----------------|---------------|-------|-----|

Auf die Beratung zur Buchungsstelle 11.02.01.543300 wird verwiesen.

| | | | |
|----------------------|--|-------|-------|
| 21.01.01/5002.782600 | Anschaffung von BGA über 410,00 € außerhalb von Festwerten | 5.000 | 5.000 |
|----------------------|--|-------|-------|

→ Sperrvermerk

Die **CDU-Fraktion** stellt in Frage, ob und inwieweit die Anschaffung eines Whiteboard im Grundschulbereich notwendig ist. Es fehlen ihr hierzu entsprechende Aussagen sowie ein pädagogisches Konzept. Möglicherweise ist es sinnvoll, hiermit erst im Sekundarbereich I, angepasst an die Erkenntnisse aus der neuen Schulentwicklungsplanung, anzufangen. Sie beantragt, die Haushaltsmittel für die Anschaffung eines Whiteboards in Höhe von 5.000,00 € in 2011 zu streichen, zunächst ein Konzept einzufordern, um dann über die Beschaffung im nächsten Jahr zu beschließen.

Die **SPD-Fraktion** schlägt vor, den Haushaltsansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen bis zur Vorlage eines pädagogischen Konzeptes, da der Vorschlag von der Schule selbst kam.

Diesem Vorschlag schließt sich die **CDU-Fraktion** an.

Beschluss:

Einstimmig

Bei der Buchungsstelle wird in Höhe des Gesamtansatzes ein Sperrvermerk bis zur Vorlage eines pädagogischen Konzeptes eingerichtet.

PB 21.01.02 – von-Galen-Grundschule Oeding

| | | | |
|-----------------|--|--------|--------|
| 21.01.02.531915 | Zuweisung an den Träger der OGS für Personalkosten | 65.000 | 50.000 |
| 21.01.02.531916 | Zuweisung an den Träger der OGS für Sachkosten | 5.000 | 3.000 |

Die **CDU-Fraktion** beantragt die Kürzung der Haushaltsstellen wie bei der OGS in Südlohn auf 50.000,00 € für Personalkosten und auf 3.000,00 € für Sachkosten.

Beschluss:

9 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Die Haushaltsansätze werden auf 50.000,00 € für Personalkosten und 3.000,00 € für Sachkosten reduziert.

| | | | |
|-----------------|---|-------|--------|
| 21.01.02.531995 | Zuschuss Initiative Gesunde Kinder in Gesunden Kommunen | 2.500 | 2.5000 |
|-----------------|---|-------|--------|

→ Schulausschuss

Auf Nachfrage der **Grüne Fraktion** wird erläutert, dass es sich um eine Restfinanzierung handelt. Das Projekt wurde zum 31.03.2010 in Oeding eingestellt.

Auf Antrag der **FPD-Fraktion** besteht Konsens, dass im Schulausschuss darüber berichtet wird, was bislang in dem Projekt gemacht wurde und welche Gründe für die Aufhebung der Vereinbarung vorlagen.

| | | | |
|----------------------|---|-------|-------|
| 21.01.02/5002.782600 | Anschaffung von Einrichtungsgegenständen über 410,00 € außerhalb von Festwerten | 7.900 | 7.900 |
|----------------------|---|-------|-------|

Die Grundschule Oeding hat die Anschaffung eines Klassensatzes von Laptops beantragt.

Inzwischen liegt ein konkretes Angebot vor, welches jedoch weiter ausgearbeitet und geprüft werden muss. Vorgeschlagen wird, die Beratung über die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel zurückzustellen, bis ein Konzept von der Schule vorliegt. Evtl. im Haushaltsplan 2012 sind dann entsprechende Mittel einzustellen, vorbehaltlich der abschließenden Erkenntnisse aus der Schulentwicklungsplanung.

| | | | |
|----------------------|---|--------|--------|
| 21.01.02/6002.785110 | Einbau Prallschutz an der Turnhalle von-Galen-Grundschule | 12.000 | 12.000 |
|----------------------|---|--------|--------|

→ Sperrvermerk → Bauausschuss

Die **CDU-Fraktion** beantragt die Einrichtung eines Sperrvermerkes in voller Höhe bis zur Vorlage eines Gesamtkonzeptes zur Sanierung der Turnhalle. Hintergrund hierfür ist auch, dass im Winter vom Dach in die Halle Wasser eingedrungen ist.

Die **Grüne Fraktion** bittet dieses Konzept zu ergänzen, um die Prüfung von Alternativstandorte vor dem Hintergrund der ebenfalls vorhandenen Jakobihalle.

Beschluss: Einstimmig

Der gesamte Haushaltsansatz wird bis zur Vorlage eines Sanierungskonzeptes für die Turnhalle und Beratung im Bau-pp.-Ausschuss mit einem Sperrvermerk versehen.

PB 21.1.03 – Roncalli-Hauptschule Südlohn

| | | | |
|-----------------|---------------|-------|-------|
| 21.01.03.543300 | Telefonkosten | 1.200 | 1.200 |
|-----------------|---------------|-------|-------|

Es wird auf die Beratung zur Buchungsstelle 11.02.01.543300 verwiesen.

| | | | |
|----------------------|----------------------|--------|--------|
| 21.01.03/6003.785110 | Baumaßnahmen Schulen | 47.000 | 47.000 |
|----------------------|----------------------|--------|--------|

→ Sperrvermerk

Die **CDU-Fraktion** beantragt die Notwendigkeit zunächst vorzustellen und zu erläutern. Von daher soll ein Sperrvermerk über den gesamten Haushaltsansatz eingerichtet werden. Sofern keine Verpflichtung für den Einbau der Alarmierungsanlage (2. BA) besteht, sollte überlegt werden, die Maßnahmen evtl. in das nächste Haushaltsjahr zu verschieben.

Die **SPD-Fraktion** sieht den Einbau der Alarmierungsanlagen relativ dringlich an. Gleichwohl erklärt sie sich mit der vorgeschlagenen Einrichtung eines Sperrvermerkes einverstanden.

Beschluss: Einstimmig

Über den Gesamtansatz wird ein Sperrvermerk eingerichtet bis zur Prüfung der Notwendigkeit und ob und inwieweit die Maßnahme kostengünstiger und evtl. erst im Haushaltsjahr 2012 umgesetzt werden könnte.

| | | | |
|----------------------|------------------------------------|---|--------|
| 21.01.03/6903.785300 | Schaffung von Schulbushaltestellen | 0 | 50.000 |
|----------------------|------------------------------------|---|--------|

→ Sperrvermerk → Bauausschuss

Die **CDU-Fraktion** weist darauf hin, dass die Sanierung der Umfahrt vor der Haltestelle der Hauptschule bereits seit Jahren immer wieder aus finanziellen Gründen verschoben wurde. Inzwischen löst sich der Straßenbelag schon auf, wodurch eine Unfallgefährdung entsteht. Sie beantragt, diese Maßnahme neu in

den Haushaltsplan aufzunehmen, jedoch mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis der Bauausschuss vor Ort sich ein Bild von der Situation gemacht hat und von der Verwaltung verschiedene Lösungen erarbeitet und kostenmäßig vorgelegt hat.

Die **Grüne Fraktion** ergänzt den Antrag darum, einen Planungsauftrag zu erteilen, inwieweit die Ein- und Ausfahrtmöglichkeiten zur K 21 wegen der vor der Schule gefahrenen zu hohen Geschwindigkeit nicht verändert werden könnten.

Beschluss: **Einstimmig**

Bei der neu eingerichteten Buchungsstelle wird ein Haushaltsansatz in Höhe von 50.000,00 € gebildet, der jedoch mit einem Sperrvermerk versehen ist, bis das gemeindliche Bauamt die Sanierungsalternativen und die hierzu entstehenden Kosten ermittelt und im Bauausschuss vorgestellt hat.

Zugleich soll überlegt werden, ob und inwieweit die Ein- und Ausfahrtmöglichkeit von der Schulbushaltestelle vor der Hauptschule auf die K 21 verbessert werden kann und zugleich dadurch die auf der K 21 gefahrenen Geschwindigkeiten reduziert werden können. Die hierfür entstehenden Kosten sind zu ermitteln und ebenfalls vorzustellen.

| | | | |
|----------------------|--------------------------------|--------|--------|
| 21.01.03/6916.785110 | Einrichtung eines Chemieraumes | 38.500 | 38.500 |
|----------------------|--------------------------------|--------|--------|

→ Sperrvermerk

Für die CDU-Fraktion stellt sich die Frage, ob und inwieweit jetzt vor dem Hintergrund der laufenden Schulentwicklungsplanung bereits ein Chemieraum eingerichtet werden sollte. Sie schlägt vor, hiermit bis zur Vorlage der Kenntnisse der Schulentwicklungsplanung zuzuwarten und beantragt daher die Einrichtung eines Sperrvermerkes in voller Höhe.

Die SPD-Fraktion schließt sich diesem Antrag an.

Beschluss: **10 Ja-Stimmen**
2 Enthaltungen

Der Haushaltsansatz wird in voller Höhe bis zur Vorlage der Ergebnisse aus der Schulentwicklungsplanung mit einem Sperrvermerk versehen.

PS 25.02.02 - Musikschule

| | | | |
|-----------------|-----------------------------|--------|--------|
| 25.02.02.531920 | Zuschuss an die Musikschule | 95.000 | 90.000 |
|-----------------|-----------------------------|--------|--------|

Die **Grüne Fraktion** erinnert an die Vorlage eines Konzeptes für die Neuausrichtung der Musikschule.

Auch für die **CDU-Fraktion** ist weiterhin notwendig, dass die musiktreibenden Vereine im Gespräch bleiben und die Musikschule sich neu aufstellt. Zugleich sollte nach ihrer Auffassung über den zwischen der Musikschule und der Gemeinde geschlossenen Vertrag gesprochen werden mit dem Ziel, für alle Beteiligten zu einer einheitlichen Auslegung des Vertrages zu gelangen.

Diesem Vorgehen stimmt auch die **UWG-Fraktion** zu.

Die **Verwaltung** gibt bekannt, dass nach dem vorläufigen bereinigten Jahresabschluss 2010 bei der Musikschule ein Überschuss in Höhe von ca. 5.000,00 € sich ergibt, der der Rücklage zugeführt werden soll. Vor diesem Hintergrund könnte der Zuschuss im Jahr 2011 auf 90.000,00 € reduziert werden. Der Haushaltsplan 2011 befindet sich noch in der Aufstellung, so dass abschließende Erkenntnisse hierzu noch nicht mitgeteilt werden können. Gleiches gilt für die Jahre 2012 und 2013.

Nach dem Vertrag zwischen der Gemeinde Südlohn und der Musikschule Südlohn-Oeding e.V. verpflichtet sich einerseits zwar die Gemeinde zur Abdeckung der jährlichen Kosten, die nicht durch Schulgelder, Eintrittsgelder, Vermietung von Instrumenten, Zuweisungen des Landes, Spenden und Leistungen Dritter gedeckt werden.

Andererseits darf die Musikschule ihren Haushaltsplan nur mit Zustimmung der Gemeinde in Kraft setzen und dürfen die Unterrichtsgebühren nur nach einer Gebührenordnung, zu der die Gemeinde vor Inkraftsetzen Ihre Zustimmung zu erteilen hat, erhoben werden. Von daher besteht eine konkrete Ein- bzw. Mitwirkungsmöglichkeit der Gemeinde auf die Arbeit der Musikschule.

Zugesagt wird, mit dem Vorstand der Musikschule in Gespräche einzutreten, um zu einer einheitlichen Auslegung für alle Beteiligten zu kommen.

Beschluss: **9 Ja-Stimmen**
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Der Haushaltsansatz wird in 2011 auf 90.000,00 € reduziert.

PB 25.02.04 - Gemeindearchiv

| | | | |
|-----------------|---|-------|-------|
| 25.02.04.543930 | Sachaufwendungen für das Gemeindearchiv | 2.500 | 2.000 |
|-----------------|---|-------|-------|

Die **UWG-Fraktion** beantragt eine Reduzierung des Haushaltsansatzes um 500,00 €.

Beschluss: **9 Ja-Stimmen**
3 Enthaltungen

Der Haushaltsansatz wird auf 2.000,00 € gekürzt.

PB 31.01.01 – Unterstützung der Senioren

| | | | |
|-----------------|--|-------|-------|
| 31.01.01.531920 | Zuschüsse für die Unterstützung von Senioren | 2.500 | 2.500 |
|-----------------|--|-------|-------|

Auf Nachfrage der **CDU-Fraktion** wird erläutert, dass es sich bei diesem Haushaltsansatz um die Zuschüsse der Gemeinde zur Unterhaltung der Altentagesstätten in Südlohn und Oeding sowie um die Zuschüsse der Gemeinde gem. Förderrichtlinien für Altenerholungsmaßnahmen handelt.

PB 36.01.01 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung

| | | | |
|-----------------|------------------------------------|--------|--------|
| 36.01.01.531917 | Bildungsarbeit in den Kindergärten | 10.000 | 10.000 |
|-----------------|------------------------------------|--------|--------|

→ Kultur-u. Jugendausschuss

Die **CDU-Fraktion** regt an, nach über 5 Jahren gezahlter Zuschüsse der Gemeinde im Fachausschuss die Ergebnisse der pädagogischen Zusatzförderung vorzustellen.

| | | | |
|-----------------|---------------------------------------|---------|---------|
| 36.01.01.531995 | Unterhaltungsschüsse für Kindergärten | 115.000 | 115.000 |
|-----------------|---------------------------------------|---------|---------|

Die **CDU-Fraktion** verweist auf Erkenntnisse anderenorts zum Verhältnis zwischen der Bildung von Rücklagen durch den Träger einerseits und den freiwilligen Zahlungen der Gemeinde andererseits und erkundigt sich nach den diesbezüglichen Erkenntnissen in Südlohn.

Nach Abschluss des Kindergartenjahres 2008/2009 wurde festgestellt, dass der Träger der Kindergärten in Südlohn und Oeding erhebliche Rücklagen nach dem KiBiz angesammelt hat. Demgegenüber steht der freiwillige Zuschuss der Gemeinde in fast gleicher Höhe. Dieses ist nicht nur in der Gemeinde Südlohn, sondern auch in anderen Gemeinden festzustellen. Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung fristwahrend vorsorglich die Vereinbarung vom 12.12.2008 über die Finanzierung von Zusatzplätzen in den Kath. Kindertageseinrichtungen in Südlohn und Oeding mit Wirkung zum 31.07.2011 gekündigt und zugleich Gesprächsbereitschaft signalisiert. Die weiteren Ergebnisse bleiben abzuwarten.

PB 36.02.01 – Offene Jugendarbeit und Kinderspielplätze

| | | | |
|----------------------|-------------------------------------|--------|--------|
| 36.02.01/5012.782600 | Einrichtungen für Kinderspielplätze | 20.000 | 10.000 |
|----------------------|-------------------------------------|--------|--------|

Die **CDU-Fraktion** weist auf die Diskussion in den Nachbarorten zur möglichen Schließung von Kinderspielplätzen hin. Nach ihrer Auffassung ist es jedoch möglich, dass Gerätschaften von anderen Kinderspielplätzen, die aufgrund fehlender Nutzungsakzeptanz augenblicklich dort nicht benötigt werden, umgesetzt werden und so z.B. der Kinderspielplatz im Neubaugebiet Eschlohner Esch eingerichtet werden kann. Sie beantragt daher, den Haushaltsansatz auf 10.000,00 € zu reduzieren.

Auch die **Grüne Fraktion** mahnt, den Nutzungswandel bei den Kinderspielplätzen aufgrund des allgemeinen demographischen Wandels zu bedenken. Sie sieht es als notwendig an, alle Kinderspielplätze an den heutigen Standorten auf den Prüfstand zu stellen. Sie beantragt daher, der Verwaltung ein Arbeitsauftrag zu erteilen, ein Spielplatzkonzept zur künftigen Nutzung und Ausstattung der vorhandenen Kinderspielplätze zu entwickeln und vorzustellen.

Beschluss: **Einstimmig**

Der Haushaltsansatz wird auf 10.000,00 € wegen der möglichen Übernahme von Spielgeräten von anderen Kinderspielplätzen reduziert.

Zugleich wird der Verwaltung der Arbeitsauftrag erteilt, in einem Kinderspielplatzkonzept aufzuzeigen, inwieweit die Ausstattung der vorhandenen Kinderspielplätze vor dem Hintergrund der aktuellen und der künftigen Nutzung aussehen sollte.

PB 42.01.01 – Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen

| | | | |
|-----------------|--|--------|--------|
| 42.01.01.531965 | Unterhaltungszuschuss Sportanlagen an die Sportvereine | 25.000 | 25.000 |
|-----------------|--|--------|--------|

Auf Nachfrage der **Grüne Fraktion** wird erläutert, dass der Haushaltsansatz aufgrund der Ist-Ausgaben reduziert werden konnte. Grund hierfür ist, dass nach Neubeauftragung die Unterhaltungsarbeiten nun kostengünstiger ausgeführt werden.

PB 51.01.01 – Regional- und Bauleitplanung

| | | | |
|-----------------|---|--------|--------|
| 51.01.01.543925 | Prüfungs- u. Beratungskosten Bauleitplanung | 30.000 | 30.000 |
|-----------------|---|--------|--------|

Die **UWG-Fraktion** erkundigt sich nach Gründen für den hohen Haushaltsansatz.

Teile des Haushaltsansatzes waren früher in dem Sachkostenetat für die Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen enthalten. Aufgrund der vorhandenen Rechtsprechung und der immer diffiziler werdenden Probleme im Bereich des Immissions- und Artenschutzes ist heute zeitgleich mit der Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen eine umfassende technische Planung erforderlich. Die hierdurch entstehenden Drittkosten für Gefährdungsprognosen stellen damit in die Zukunft gerichtete Vorsorgeaufwendungen dar.

PB 53.01.02 – Photovoltaikanlagen

| | | | |
|-----------------|-------------------------------------|-------|-----|
| 53.01.02.544100 | Versicherung für Photovoltaikanlage | 1.100 | 250 |
|-----------------|-------------------------------------|-------|-----|

Die **Grüne Fraktion** erinnert daran, dass auf weiteren gemeindlichen Dächern Photovoltaikanlagen errichtet werden sollen.

Aufgrund der Veränderungen im EEG mit Reduzierung der Einspeisevergütung und Ausbau der Selbstnutzung ist die Attraktivität für die Aufstellung von Photovoltaikanlagen auf gemeindlichen Dächern gesunken. Hinzu kommt, dass die Investitionskosten nicht zeitgleich gesunken sind, so dass sich im Ergebnis zurzeit Photovoltaikanlagen für die Gemeinde nicht rechnen. Hinsichtlich einer möglichen Drittnutzung steht die Gemeinde jedoch in Kontakt mit der kreiseigenen Gesellschaft. Nach erfolgter Rechtsänderung in der GO wird zurzeit geprüft, ob und inwieweit künftig diese Gesellschaft auf den gemeindlichen Dächern Photovoltaikanlagen errichten und betreiben kann.

Beschluss: Einstimmig

Der Haushaltsansatz wird auf die erforderliche Ansatzhöhe von 250,00 € reduziert.

PB 53.02.01 - Abfallentsorgung

| | | | |
|-----------------|-----------------------|---------|---------|
| 53.02.01.442110 | Erstattung DSD | 61.200 | 61.200 |
| 53.02.01.542421 | Abfuhrkosten Restmüll | 470.740 | 470.740 |

Auf Nachfrage der **Grüne Fraktion** wird bestätigt, dass der gestiegene Haushaltsansatz bei den DSD-Erlösen in den Papiererlösen begründet ist. Bei den Abfuhrkosten Restmüll handelt es sich um den Zuschlag des Kreises Borken für die Deponieunterhaltung (Ewigkeitskosten).

PB 53.03.01 – Abwasserbehandlung und -beseitigung

| | | | |
|-----------------|-----------------------|---------|---------|
| 53.03.01.432141 | Schmutzwassergebühren | 864.500 | 864.500 |
| 53.03.01.432142 | Regenwassergebühren | 488.400 | 488.400 |

Die investiven Auszahlungen betragen in 2011 insgesamt 194.200,00 €. Die **UWG-Fraktion** beantragt die Einrichtung eines Sperrvermerkes für die Gesamtinvestitionen aufgrund der ungewissen Finanzierung durch das Gemeindefinanzierungsgesetz.

Der **BM** stellt fest, dass im Haushaltsjahr 2011 nur Maßnahmen vorgesehen sind, die zur Sicherstellung des Betriebs der Abwasserbehandlung unabweisbar sind und keinen Aufschub dulden.

Beim GFG-Entwurf 2011 sind keine Änderungen hinsichtlich der Bereitstellung der Investitionspauschale durch das Land erfolgt, so dass hier weiterhin von einer Kontinuität ausgegangen werden kann. Von daher sollte im Gesamtinvestivbereich kein Sperrvermerk eingerichtet werden. Planbare Dinge sollen jedoch vorab im Bauausschuss oder im Gemeinderat besprochen werden.

Vor diesem Hintergrund stimmt die **UWG-Fraktion** dem Vorschlag zu und nimmt ihren Antrag zurück.

Ferner erinnert die **UWG-Fraktion** an ihren Antrag zur Sitzung am 10.02.2010 zur Erstellung einer Gebührenvorschauplanung unter Einbeziehung der absehbaren Entwicklungen.

Die Gebührenvorschauplanung wird in das Kennzahlen-System des Gemeindehaushaltes eingebunden und im Vorspann des Produktes 53.03.01 dargestellt. Bei Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen steigen die Schmutzwassergebühren von zurzeit 2,23 € auf voraussichtlich 2,42€ in 2012 und 2.50 € in 2013.

| | | | |
|-----------------|---------------|-------|-------|
| 53.03.01.543300 | Telefonkosten | 5.800 | 5.800 |
|-----------------|---------------|-------|-------|

Auf die Beratung zur Buchungsstelle 11.02.01.543300 wird verwiesen.

| | | | |
|----------------------|----------------------|-------|---|
| 53.03.01/5003.782100 | Anschaffung Software | 8.700 | 0 |
|----------------------|----------------------|-------|---|

Nach Auffassung der **UWG-Fraktion** können die Gemeinden ihre Verpflichtung zur Durchführung der Anschlussdichtheitsprüfungen bis zum Jahre 2023 schieben. Da daher die Anschaffung der Software zur Bürgerinformation noch nicht erforderlich ist, beantragt sie den Haushaltsansatz zu streichen.

Die Beratungspflicht liegt nach dem Gesetz bei den Gemeinden. Bei langer Streckung wird der erforderliche Personal- und Sachkosteneinsatz günstiger, da kein zusätzliches Personal eingestellt werden muss.

Beschluss: Einstimmig

Der Haushaltsansatz wird derzeit für noch nicht erforderlich gehalten und daher vollständig gestrichen.

PB 54.01.01 – Bereitstellung und Betrieb von Verkehrsflächen, besonderer Ingenieurbauten

| | | | |
|-----------------|--|---------|---------|
| 54.01.01.522100 | Stromkosten für die Straßenbeleuchtung | 110.000 | 110.000 |
|-----------------|--|---------|---------|

→ Bauausschuss

Die **CDU-Fraktion** bittet um Vorstellung der modernen Techniken und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten für die Gemeinde durch einen Vertreter der SVS in den gemeindlichen Gremien.

Die **Grüne Fraktion** bittet bei dieser Gelegenheit um die Vorlage einer Aufstellung, aus der hervorgeht, welche Verträge mit welchen Laufzeiten die Gemeinde mit der SVS hat (Straßenbeleuchtung und Gebäude).

Vorgesehen ist, dass ein Vertreter der SVS in einer der nächsten Sitzungen des Bau-pp.-Ausschusses hierzu vorträgt.

| | | | |
|-----------------|----------------------------------|--------|--------|
| 54.01.01.523251 | Unterhaltung der Wirtschaftswege | 20.500 | 38.500 |
|-----------------|----------------------------------|--------|--------|

→ 55.03.01.523190

Die **CDU-Fraktion** macht auf den schlechten Zustand der Wienkamp Straße (alte K 51) in Höhe der ehem. Spedition Höing, Wienkamp rechts 19, aufmerksam. Eine Sanierung ist dringend erforderlich. Zur Finanzierung sollten Haushaltsmittel aus der Buchungsstelle 55.03.01.523190 eingesetzt werden.

Beschluss:**11 Ja-Stimmen****1 Enthaltung**

Für die Ausbesserung der Wienkamp Straße bei Höing-Sander werden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 18.000,00 € zur Verfügung gestellt, so dass der Haushaltsansatz neu auf 38.500,00 € festgesetzt wird.

| | | | |
|----------------------|-------------------------|--------|--------|
| 54.01.01/6203.785220 | Sonstiger Straßenausbau | 30.000 | 30.000 |
|----------------------|-------------------------|--------|--------|

Auf Nachfrage der **UWG-Fraktion** wird mitgeteilt, dass der Ausbau des Stichweges von der alten Robert-Bosch-Straße zum Grundstück Pfreundt eine vertragliche Verpflichtung zugrunde liegt und damit eine Bedingung zum Erwerb des Grundstückes war.

| | | | |
|----------------------|------------------------|---|---|
| 54.01.01/6207.785220 | Endausbau Ossenschloge | 0 | 0 |
|----------------------|------------------------|---|---|

Auf Anregung der **CDU-Fraktion** besteht Einvernehmen einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung zu erteilen, mit den Gewerbetreibenden in ein Gespräch zur Sanierung der Ossenschloge einzutreten.

| | | | |
|----------------------|---|--------|--------|
| 54.01.01/6216.785220 | Neubau Stichweg Woorteweg am FGH Oeding | 27.000 | 27.000 |
|----------------------|---|--------|--------|

Auf Nachfrage der **UWG-Fraktion** wird der vorgesehene Ausbaubereich erläutert. Es handelt sich allein um Straßenbaumaßnahmen im Bereich des Grundstückes des neuen Feuerwehrgerätehauses.

| | | | |
|----------------------|------------------------|--------|--------|
| 54.01.01/6222.785220 | Endausbau Lohner Brook | 69.000 | 69.000 |
|----------------------|------------------------|--------|--------|

Aufgrund der Baumaßnahme auf der Eschlohner Straße ist es zu erheblichen Umleitungsverkehren über die Straßen Lohner Brook und die Von Fallersleben-Straße zur Eichendorffstraße gekommen. Nach Auffassung der **CDU-Fraktion** ist mit dem Kreis Borken als Straßenbaulastträger der K 53 darüber zu verhandeln, dass sich der Kreis an der Sanierung der Von-Fallersleben-Straße und dem Endausbau der Haupteinfahrtsstraße der Straße Lohner Brook finanziell mit beteiligt. Denn auch Baumaschinen haben während der Baumaßnahme diesen Straßenzug als Umleitung genutzt.

| | | | |
|----------------------|---------------------------|---------|---------|
| 54.01.01/6223.785220 | Sanierung Industriestraße | 100.000 | 100.000 |
|----------------------|---------------------------|---------|---------|

Nach Auffassung der **Grüne Fraktion** soll aus Kostengründen die Industriestraße zunächst repariert werden.

Die **CDU-Fraktion** verweist auf den erheblichen Sanierungsbedarf insbesondere im Bereich zwischen der Baumwollstraße (B 70) und der Straßeneinmündung bei Böckenhoff/HeWe hin. Im weiteren Bereich von HeWe bis zur K 21 reichen kleinere Reparaturen.

In diesem Zusammenhang verweist die Fraktion auf neue Sanierungstechniken in Legden und Schöppingen mit Straßenbaufirmen aus dem Kreis Borken. Die Unterhaltung der Gemeindestraßen ist insgesamt zu prüfen. Es sollte überlegt werden, ob und inwieweit durch den Einsatz neuer Techniken die Haushaltsmittel effektiver eingesetzt werden können.

Beschluss: **Einstimmig**

Die Sanierung der Industriestraße erfolgt nur im Bereich zwischen der Bauwollstraße (B 70) und der Kreuzung bei Böckenhoff/HeWe. Die sonstigen Flächen bis zur K 21 sind, sofern notwendig, zu reparieren. Die eingesparten Haushaltsmittel sollen nach Bedarf evtl. an anderer Stelle eingesetzt werden.

| | | | |
|------------------------|--|---|--------|
| 54.01.01/6224.785220 | Ampelkontakt im Esch/Winterswyker Straße | 0 | 15.000 |
| → 11.05.01.543940 | | | |
| → 11.05.01/5003.782600 | | | |

Die **UWG-Fraktion** erneuert ihren Antrag auf Einrichtung eines Anforderungskontaktes an der Fußgängerampel im Kreuzungsbereich Im Esch/Winterswyker Straße in Oeding. Die Notwendigkeit wird eingehend begründet. Der Ampelkontakt führt auch zur Entspannungen auch an anderen Kreuzungsbereichen. Die Gegenfinanzierung soll über bisherige Einsparungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen erfolgen.

Beschluss: **Einstimmig**

Die Maßnahme wird neu in den Haushalt 2011 mit einem Haushaltsansatz von 15.000,00 € aufgenommen.

| | | | |
|----------------------|---|---|---|
| 54.01.01/6910.785300 | Ökologische Aufwertung von Wegerandstreifen | 0 | 0 |
| → Bauausschuss | | | |

Die **Grüne Fraktion** bittet um einen Sachstandsbericht in einer der nächsten Sitzungen des Bauausschusses. Nach ihrer Auffassung sollten einige Randstreifen weiterhin aufgewertet werden.

PB 54.03.01 – Förderung Personennahverkehr (Bürgerbus)

| | | | |
|----------------------|--|--------|--------|
| 54.03.01/8011.781800 | Zuschuss für ein neues Fahrzeug des Bürgerbusvereins | 20.000 | 20.000 |
|----------------------|--|--------|--------|

Die **CDU-Fraktion** verweist auf die laufenden Gespräche des Bürgerbusvereins mit dem Verkehrsträger und dem Kreis Borken auf Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Anschaffung des neuen Fahrzeuges. Von daher schlägt sie vor, ein Sperrvermerk über 5.000,00 € einzurichten.

Von Seiten der **Verwaltung** wird verdeutlicht, dass die Gespräche kurz vor dem Abschluss stehen. Sollte ein Sperrvermerk eingerichtet werden, wird dieser die dringend notwendige Beauftragung des neuen Fahrzeuges erschweren. Von daher wird gebeten, auf die Einrichtung eines Sperrvermerkes zu verzichten.

Die **CDU-Fraktion** zieht damit ihren Antrag zurück.

| | | | |
|-----------------|--|-------|-------|
| 54.03.01.543930 | Bürgerbusverein – Geschäftsausgaben und Defizitabdeckung | 9.000 | 9.000 |
|-----------------|--|-------|-------|

Die **Grüne Fraktion** bittet um weitergehende Erläuterungen hinsichtlich der Defizitabdeckung und des fehlenden Sponsorings des Fahrzeuges durch Werbung am Fahrzeug.

In den Jahren 2006 bis 2008 hat der Bürgerbus kein Defizit eingefahren. Jede Werbeeinnahme wäre nicht dem Bürgerbusverein oder der Gemeinde, sondern dem Verkehrsträger zu Gute gekommen.

Erstmals im Jahr 2009 schloss die Betriebskostenrechnung aufgrund geänderter Abrechnungsmodalitäten und gestiegener Unterhaltungskosten mit einem Defizit in Höhe von 3.978,74 € ab. An diesem Defizit hat sich die Stadt Stadtlohn vereinbarungsgemäß mit 20 % = 795,75 € beteiligt. Vorgesehen ist, dass zur Minderung des Defizites das neue Fahrzeug Werbung erhält.

PB 55.01.01 – Bereitstellung und Unterhaltung öffentlicher Grünflächen und Parkanlagen

| | | | |
|-----------------|---|--------|--------|
| 55.01.01.523190 | Unterhaltung Parkanlagen und Grünflächen in | 25.500 | 25.500 |
|-----------------|---|--------|--------|

Die **UWG-Fraktion** beantragt zu prüfen, ob bei gewerbetreibenden Landschaftsgärtnern ein Interesse daran besteht, durch Übernahme von Patenschaften die Pflege von Grünanlagen zu übernehmen. Als Gegenleistung könnten die in Patenschaft übernommenen Grünanlagen als Werbefläche genutzt werden. Vorstellbar wären insbesondere Kreisverkehrsanlagen. Ziel ist eine für die Gemeinde kostenneutrale Umsetzung der Maßnahme.

Nach kurzer Erörterung besteht Einvernehmen, dass die Angelegenheit rechtlich geprüft und mit dem jeweiligen Straßenbaulastträger abgestimmt werden muss. Eine mögliche Umsetzung sollte mit Augenmaß erfolgen.

Pflege von Wallhecken

In diesem Zusammenhang weist die **CDU-Fraktion** auf das EUREGIO-Projekt „Energiequelle Wallhecke“ hin. Danach kümmert sich ein „Heckenmanager“ um die sachgerechte Pflege der Wallhecken von privaten und öffentlichen Heckenbesitzern sowie um die Vermarktung des anfallenden Holzes, das meist in Pelletheizungen eingesetzt wird.

Zugesagt wird, mit dem Kreisbeauftragten Kontakt aufzunehmen.

| | | | |
|-------------------|------------------------------|--------|-------|
| 55.03.01.523190 | Unterhaltung der Wasserläufe | 19.500 | 1.500 |
| → 54.01.01.523251 | | | |

Nach Auffassung der CDU-Fraktion ist die Wiederherstellung des Wegeseitengrabens im Venn noch nicht erforderlich. Die eingesparten Mittel sollten zur Finanzierung der dringend notwendigen Ausbesserung der Wienkampstraße bei Höing-Sander eingesetzt werden.

Beschluss:

**11 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

Die Wiederherstellung des Wegeseitengrabens im Venn wird verschoben und damit der Haushaltsansatz auf neu 1.500 € reduziert. Die eingesparten Mittel sollen für die Ausbesserung der Wienkamp Straße bei Höing-Sander zur Verfügung gestellt.

PB 61.01.01 – Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen

| | | | |
|-----------------|---|---------|---------|
| 61.01.01.543200 | Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage (Fonds Deutsche Einheit) | 302.830 | 294.420 |
|-----------------|---|---------|---------|

Die Senkung des Haushaltsansatzes kann erfolgen, da der Zuschlag um 1 Punkt abgesenkt wurde.

| | | | |
|-----------------|-------------|-----------|-----------|
| 61.01.01.537201 | Kreisumlage | 2.486.830 | 2.413.260 |
|-----------------|-------------|-----------|-----------|

Der Umlagesatz reduziert sich aufgrund des Entwurfes des GFG von 33,8 % auf 32,8 %. Weitergehende Senkungen sind möglich aufgrund neuerer Berechnungen bei den Pensionsrücklagen, die in einer Höhe von 5.000.000,00 € aufgelöst werden und damit weitere Absenkungen nicht ausgeschlossen lassen.

III. Gesamtbeschluss zu allen Produktbereichen und damit zu den Teilergebnisplänen und Teilfinanzplänen

Beschluss: **Einstimmig**

Im Übrigen werden die nicht von den Änderungen berührten Planungsstellen, sowie die sich daraus ergebenden Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne des Haushaltsplanentwurfes 2011 beschlossen.

IV. Beschluss zum Gesamtergebnisplan und Gesamtfinanzplan

Beschluss: **11 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Gesamtergebnisplan sowie der Gesamtfinanzplan werden in der überarbeiteten Fassung, so wie sie sich aus den zuvor beschlossenen Änderungen ergeben, beschlossen.

3.3.: Beschluss über die Haushaltssatzung

Sitzungsvorlage-Nr.:

Die zuvor beschlossenen Änderungen werden in den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung eingearbeitet.

Beschluss: **11 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Die Haushaltssatzung für 2011 wird in der überarbeiteten Fassung beschlossen.

TOP 4.: Beratung und Beschluss über den Stellenplan 2011

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Beschluss: **11 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Stellenplan 2011 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

TOP 5. Mitteilungen und Anfragen

5.1.: Ausbau der U3-Betreuung in den Kindergärten in Südlohn und Oeding

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Das Jugendamt des Kreises Borken hat in den letzten Tagen der Kath. Kirchengemeinde St. Vitus und St. Jakobus als Träger die Zuwendungsbescheide über die beantragten Landesmittel zum U3-Ausbau für die

Kindergärten St. Martin in Südlohn und St. Ida in Oeding ausgefertigt. Die Arbeiten sollen bis zum 15.09.2011 fertig und abgeschlossen sein.

Beschluss: -/-

5.2.: Aufforstungsmaßnahmen in Südlohn in Folge des interkommunalen Gewerbegebietes an der A 31 zwischen Heiden und Reken

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Auf Anfrage von **RM Schmeing** wird bestätigt, dass im Rahmen der Planungen zur Errichtung eines interkommunalen Gewerbegebietes an der A 31 der Kommunen Borken, Heiden und Reken Aufforstungen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Bereich Tünte in Südlohn geplant sind.

Beschluss: -/-

Schlottbom

Vedder